

Steuerungsbericht

1. Prognose zur finanziellen Entwicklung im Haushaltsjahr 2014

Nach der Prognose zum 15.04.2014 haben wir zum Stand 30.09.2014 eine weitere Prognose über den Verlauf der Haushaltswirtschaft 2014 gefertigt mit folgendem Ergebnis:

1.1 Ergebnishaushalt

Grundsätzliches

Zum 01.01.2014 erfolgte die Ausgliederung des Bereichs „Abwasserbeseitigung“ aus dem städtischen Haushalt und seine Integration in den Eigenbetrieb Stadtbetriebe Heidelberg (DS 0455/2013/BV und DS 0461/2013/BV). Dies hat deutliche Auswirkungen auf den städtischen Haushalt, da dort ab 2014 insbesondere folgende Haushaltspositionen entfallen, die dem Wirtschaftsplan der Stadtbetriebe zuzuordnen sind: Erträge aus Entwässerungsgebühren (Ansatz 2014 i. H. v. 15,0 Mio. €), AZV-Umlage (Ansatz 2014 anteilig i. H. v. 12,0 Mio. €), Abschreibungen und Investitionen in Kanäle. Nun nicht mehr als innere Leistungsverrechnung sondern als kassenwirksamer Aufwand an den Eigenbetrieb fällt der Straßenentwässerungsanteil an (3,5 Mio. €; DS 0248/2014/BV). Außerdem geht mit dem Bereich der Abwasserbeseitigung ein Teil der Schulden auf die Stadtbetriebe über; dies hat eine sinkende Zins- und Tilgungsbelastung für den städtischen Haushalt zur Folge.

Die kassenwirksamen Auswirkungen der Ausgliederung des Bereichs „Abwasserbeseitigung“ sind in der Prognose zum 30.09.2014 berücksichtigt.

ordentliche Erträge (Ansatz 501,5 Mio. €)

In der **Prognose vom 15.04.2014** sind wir noch von **Mindererträgen i. H. v. -7,5 Mio. €** gegenüber dem Planwert ausgegangen.

Die **Prognose zum 30.09.2014** schließt mit einer **Verbesserung i. H. v. 5,5 Mio. €** gegenüber der Prognose vom 15.04.2014 ab und weist nur noch **Mindererträge i. H. v. -2,0 Mio. €** gegenüber dem Planwert aus.

Wie bereits in der letzten Prognose dargestellt, kommt es auf der Ertragsseite zu hohen Mindererträgen (27,0 Mio. €), die durch Mehrerträge (25,0 Mio. €) fast vollständig kompensiert werden können. In der Detailbetrachtung ergibt sich dabei folgendes Bild:

Die Mindererträge i. H. v. 27,0 Mio. € resultieren insbesondere aus fehlenden Entwässerungsgebühren (-15,0 Mio. €, siehe oben), aus geringeren Zuschüssen im Bereich der Kleinkindbetreuung nach Umstellung der Landesförderung auf eine prozentuale Beteiligung an den Betriebskosten (-3,0 Mio. €) sowie aus geringeren Abfallbeseitigungs- und Gehwegreinigungsgebühren beim Amt für Abfallwirtschaft und Stadtreinigung bedingt durch den Abzug der US-Army (-3,0 Mio. €). Ebenfalls Mindererträge – allerdings in geringerem Umfang – gibt es insbesondere im Bereich des Soziallastenausgleichs, der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft, im Schulbereich bei den Sachkostenbeiträgen sowie bei den Mieten und Pachten.

Ursächlich für die Mehrerträge von 25,0 Mio. € sind im Wesentlichen die bereits anlässlich der Aktualisierung der mittelfristigen Finanzplanung genannten Entwicklungen: höhere Schlüsselzuweisungen (+8,0 Mio. €), höhere Erträge beim Gemeindeteil an der Einkommensteuer (+4,0 Mio. €) sowie die Auflösung der FAG-Rückstellung (+3,5 Mio. €; nicht zahlungswirksam). Die Gewerbesteuer mit 91 Mio. € entwickelt sich derzeit leicht positiv (+3,0 Mio. €). Weitere Mehrerträge – allerdings in geringerem Umfang – entstehen bei der Grundsteuer B, der Vergnügungsteuer und der Landeszuweisung für die Grundsicherung im Alter.

ordentliche Aufwendungen (Ansatz 514,2 Mio. €)

In der **Prognose vom 15.04.2014** sind wir davon ausgegangen, dass die Aufwendungen um **9,5 Mio. € unter dem Ansatz** liegen werden.

Die **Prognose zum 30.09.2014** schließt dem gegenüber nur geringfügig schlechter mit einer **Verbesserung von 9,0 Mio. €** gegenüber dem Planwert ab.

Wie ebenfalls bereits in der letzten Prognose dargestellt, kommt es auch auf der Aufwandsseite zu größeren Verschiebungen, wobei die Minderaufwendungen (25,0 Mio. €) die Mehraufwendungen (16,0 Mio. €) übertreffen. In der Detailbetrachtung ergibt sich dabei folgendes Bild:

Insbesondere der aktuelle Tarifabschluss und ergänzend einzelne Mehrbedarfe (u. a. Interkulturelles Zentrum, Interims-Kita Bahnstadt) führen zu höheren Personalaufwendungen (+1,4 Mio. €). Ebenfalls um 1,4 Mio. € über dem Ansatz liegt die FAG-Umlage aufgrund unserer höheren Steuerkraft in 2012. Mehraufwendungen entstehen darüber hinaus u. a. bei den Sozial- und Jugendhilfeleistungen (+1,5 Mio. €), bei der Miete des Theaters an die Theaterstiftung (+0,8 Mio. €), bei der Entwicklung der Konversionsflächen (+0,8 Mio. €), bei der Verlässlichen Grundschule (+0,6 Mio. €), bei der Straßenbeleuchtung (+0,4 Mio. €), bei der Gewerbesteuerumlage durch die Mehrerträge bei der Gewerbesteuer (+0,5 Mio. €) und beim Straßenentwässerungsanteil, der an den Eigenbetrieb Stadtbetriebe zu zahlen ist (+3,5 Mio. €, siehe oben).

Zu Verbesserungen kommt es vorrangig durch den Wegfall der AZV-Umlage (-12,0 Mio. €, siehe oben), durch geringere Zuschüsse an freie Träger für Kinderbetreuung aufgrund der späteren Fertigstellung geplanter Plätze (-6,0 Mio. €), im Sozialbereich (-2,0 Mio. €, insbesondere bei den Kosten der Unterkunft nach SGB II und beim Status-quo-Ausgleich) sowie bei den Zinsen durch geringere Kreditaufnahmen in 2013 und 2014 sowie durch den Übergang von Schulden auf den Eigenbetrieb Stadtbetriebe im Zuge der Ausgliederung des Bereichs „Abwasserbeseitigung“ (-3,0 Mio. €, siehe oben).

Insgesamt gelingt es durch diese positive Entwicklung die vom Gemeinderat **beschlossene Globale Minderausgabe** i. H. v. 3,5 Mio. € zu erwirtschaften.

ordentliches Ergebnis (Ansatz -12,7 Mio. €)

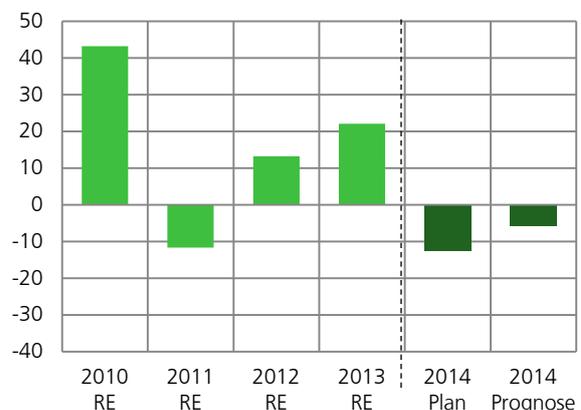
Die Differenz zwischen ordentlichen Erträgen und ordentlichen Aufwendungen ergibt das ordentliche Ergebnis. Durch die oben beschriebenen Veränderungen **verbessert** es sich von -12,7 Mio. € **um 7 Mio. €** auf -5,7 Mio. €. Zur besseren Bewertung nachfolgend eine mehrjährige Betrachtung:

in Mio. €	Ergebnis				Plan	Prognose
	2010	2011	2012	2013	2014	2014
ordentliches Ergebnis	43,2	-11,6	13,2	22,1	-12,7	-5,7

Im Interesse eines intergenerativen Gerechtigkeitsausgleichs sind zumindest ein ausgeglichenes ordentliches Ergebnis und damit die Finanzierung der Abschreibungen anzustreben.

In 2013 ist es gelungen, trotz einem zunächst negativen Planansatz ein positives ordentliches Ergebnis zu erzielen (DS 0254/2014/BV).

Die aktuelle Prognose für 2014 kommt zu dem Ergebnis, dass auch in diesem Jahr eine Verbesserung gegenüber dem Planwert erreicht werden kann.



1.2 Finanzhaushalt

Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit

In der **Prognose vom 15.04.2014** sind wir davon ausgegangen, dass der **Finanzierungsmittelbedarf** aus Investitionstätigkeit **um 5,0 Mio. € höher sein wird als geplant**.

In unserer aktuellen **Prognose zum 30.09.2014 zeigt sich dieser Mittelmehrbedarf nicht mehr**, da wir vor allem im Bereich der Grundstücksgeschäfte höhere Ein- und geringere Auszahlungen erwarten.

Außerdem haben wir in unserer Prognose berücksichtigt, dass die Ansätze für Investitionen in Kanäle durch die Ausgliederung der Abwasserbeseitigung aus dem städtischen Haushalt nicht bewirtschaftet werden (siehe oben).

Wie aus den Vorjahren bekannt, gibt es bei verschiedenen Baumaßnahmen zeitliche Verschiebungen im Mittelabfluss zwischen einzelnen Projekten. So werden im Schulbereich in diesem Jahr insbesondere bei der Sanierung der Küche der IGH kassenmäßig mehr Mittel benötigt als veranschlagt, während sich die Abwicklung anderer Maßnahmen (u. a. Nawis Theodor-Heuss-Schule und Bunsen-Gymnasium, Sanierung kaufmännischer Schulen) gegenüber der im Haushaltsplan zugrunde gelegten Zeitplanung verzögert. Detailliertere Informationen zur Abwicklung von Baumaßnahmen finden sich nachfolgend z. B. auch in den Berichten der Ämter 23 und 66.

Veränderung des Finanzierungsmittelbestands / Kreditaufnahmen

Aufgrund des guten Rechnungsergebnisses 2013 lag der Zahlungsmittelbestand zum 01.01.2014 um 9,0 Mio. € über der Planung (DS 0254/2014/BV). Hinzu kommt die verbesserte Situation im Ergebnishaushalt mit einem höheren Zahlungsmittelüberschuss an den Finanzhaushalt als geplant (siehe oben) und eine niedrigere Tilgungsbelastung durch eine geringere Kreditaufnahme im Doppelhaushalt 2013/2014 sowie einem Schuldenübergang auf den Eigenbetrieb Stadtbetriebe (siehe oben). Dadurch wird es möglich, eine zusätzliche Zahlung an die Kapitalrücklage der SWH i. H. v. 5 Mio. € zu leisten. Hierzu wird dem Gemeinderat eine gesonderte Beschlussvorlage vorgelegt.

In 2014 waren bis zum Prognosezeitpunkt aufgrund des guten Kassenbestands **Kreditneuaufnahmen noch nicht erforderlich** (Plan 24,6 Mio. €). Bei einem voraussichtlich in 2014 auch weiterhin niedrigen Zinsniveau beabsichtigen wir, auch im weiteren Jahresverlauf die Entscheidung über die Höhe und den Zeitpunkt einer möglichen Kreditaufnahme unter Berücksichtigung der weiteren Entwicklung des Kassenbestands sowie der weiteren Zinsentwicklung zu treffen.

Der zum Jahresende 2013 – gegenüber der ursprünglichen Planung deutlich niedrigere – **Schuldenstand** i. H. v. 192,3 Mio. € wird sich zum Stand 31.12.2014 deutlich verringern – allein schon aus dem Übergang der (Abwasser)-Schulden in den Eigenbetrieb.

1.3 Bewertung der Prognoseergebnisse und weiteres Vorgehen

Die Prognose für den Ergebnishaushalt ist um 7,0 Mio. € besser als der Planwert, so dass die **Haushaltssperre i. H. v. 1,5 Mio. € aufgehoben werden kann.**

Die Zuschüsse an Dritte können in voller Höhe ausgezahlt werden.

Im Finanzhaushalt kann auch in 2014 die Durchführung der Maßnahmen nicht überall mit der Planung Schritt halten. Sowohl die Vorbereitung als auch die Abwicklung von Maßnahmen nimmt immer wieder mehr Zeit in Anspruch als von den Fachämtern im Vorfeld gewünscht und kalkuliert. Die Folge sind dann hohe Haushaltsreste. Wie bereits in 2013 angekündigt, sollen diese Erkenntnisse verstärkt in die Planungen für die Jahre 2015/2016 einfließen.

Wie bereits in den Vorjahren ist es auch in 2014 unser Ziel, sich ergebende finanzielle Handlungsspielräume flexibel zu nutzen (in 2013 und 2014 insbesondere im Bereich der Straßenerneuerung), den Kassenbestand zielgerichtet zur Senkung des Kreditbedarfs einzusetzen und gleichzeitig Vorsorge für künftige Belastung – vor allem im investiven Bereich – zu treffen. Wesentliche Handlungsfelder wie der Finanzmittelbedarf der SWH und gegebenenfalls der Treuhandrechnung Bahnstadt sowie der Entwicklung der Konversionsflächen werden hierbei in die Betrachtung einbezogen.

2. Ziele, Maßnahmen und Kennzahlen aus den Teilhaushalten

An die finanzwirtschaftliche Prognose schließt sich nun eine Information über den Stand der Aufgabenerfüllung und die Erreichung der Ziele, der Durchführung der hierzu im Haushalt vorgesehenen Maßnahmen sowie dem Erreichen von Kennzahlenwerten an.

Dabei wird zunächst ein kurzer Überblick über die zentralen Ziele und (oftmals ämterübergreifenden) Großprojekte gegeben. Daran schließt sich der Bericht über die Zielerreichung in den Ämtern an. Der Bericht über die Amtsziele bezieht sich – entsprechend seiner Aufgabe, dem Gemeinderat und der Verwaltungsspitze kurz gefasst die notwendigen Steuerungsinformationen zu liefern – schwerpunktmäßig auf wesentliche Abweichungen.

Da die finanzielle Prognose bereits umfassend unter Ziffer 1 des Steuerungsberichts dargestellt ist, wird – um Doppelungen zu vermeiden – nachfolgend weitgehend auf die Darstellung von finanziellen Abweichungen gegenüber den Planwerten verzichtet. Eine Erläuterung zu Finanzdaten erfolgt nur dort, wo es sich um wesentliche strukturelle Vorgänge handelt, bei denen eine weitergehende Erläuterung zum Gesamtverständnis hilfreich ist. Alle beschriebenen Vorgänge sind in die Gesamtprognose unter Ziffer 1 eingeflossen.

2.1 Stand der Aufgabenerfüllung

Auch in 2014 ist – gestützt durch die stabile finanzielle Entwicklung – eine stetige Erfüllung der kommunalen Aufgaben gewährleistet. Im Vordergrund der Aufgabenerledigung stehen in diesem Jahr insbesondere folgende Themen:

Bahnstadt

Nach dem Einzug der ersten Bewohner/-innen in 2012 wurde in 2014 mit der Fertigstellung des ersten Bauabschnitts ein weiterer Meilenstein erreicht. Zu diesem Zeitpunkt lebten dort bereits rund 2.000 Menschen. Aufgrund der großen Nachfrage nach Wohnungen wurden die Planungen für den zweiten Bauabschnitt um 2 Jahre vorgezogen. Mit diesem unerwartet hohen Entwicklungstempo nicht ganz mithalten kann die Bereitstellung der Infrastruktur: die Fertigstellung des Gebäudekomplexes B³ bestehend aus einer Grundschule, einer weiteren Kindertageseinrichtung und einem Bürgerzentrum, wird erst für 2017 erwartet. Daher wurden in 2014 sowohl für die Schule als auch für die Kindertageseinrichtung Interimslösungen bereitgestellt. Für die Öffentlichkeit bereits freigegeben werden konnte hingegen in 2014 der Zollhofgarten, das grüne Herz der Bahnstadt. Ebenfalls in 2014 hat der Gemeinderat dem Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans für das Kino zugestimmt.

Konversion

In 2014 hat der Gemeinderat den Masterplan für die Areale Mark Twain Village und Campell Barracks als Zwischenstufe zwischen dem in 2013 verabschiedeten Nutzungskonzept und den vertiefenden Planungen bis hin zu den Bebauungsplänen beschlossen. Für die Fläche Hospital in Rohrbach wurde ein städtebaulicher Ideenwettbewerb ausgelobt, so dass bis zum Jahresende 2014 für dieses Areal Vorschläge für ein städtebauliches Gesamtkonzept vorliegen. Erstes Etappenziel für die Patton Barracks ist die Entwicklung eines Nutzungskonzepts über eine Mehrfachbeauftragung mit begleitender Bürgerbeteiligung. Ziel ist es, für die Patton Barracks zur Jahresmitte 2015 ein städtebauliches Gesamtkonzept zu erhalten und bis Ende 2015 Baurecht zu schaffen. Inzwischen haben sich die Stadt und die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben auch auf die Konditionen zum Verkauf der Konversionsflächen in der Südstadt (Mark Twain Village / Campbell Barracks) verständigt.

Mobilitätsnetz

Nachdem im März 2013 der Rahmenantrag an den Landesverkehrsminister übergeben wurde, hat im Sommer 2014 das Land das Maßnahmenpaket als „verkehrspolitisch sinnvolles Projekt“ an den Bund weitergereicht, der die endgültige Entscheidung über die Förderung treffen muss. Ebenfalls im Sommer 2014 wurde von der Regierungspräsidentin der Planfeststellungsbeschluss für das Teilprojekt „Straßenbahn ins Neuenheimer Feld“ übergeben. Im Oktober hat dann der Gemeinderat für dieses Teilprojekt sowie für die Maßnahme „Kurfürsten-Anlage Ost“ für den städtischen Anteil Kostenübernahmeerklärungen gegenüber der rnv zugestimmt.

Internationale Bauausstellung „Wissen | schafft | Stadt“

Die Stadt selbst und ihre Gesellschaften haben sich mit den folgenden sechs Projektideen bei der IBA beworben, die in 2014 vom IBA-Kuratorium als Kandidaten ausgewählt wurden und nun von der IBA weiterbegleitet werden: B³ - Bildung, Betreuung, Begegnung; International Welcome Center; Erneuerung des Hauses der Jugend; Zukunfts-Wissensspeicher Energie und Technik (EnergiewendePark); Biodiversitätszentrum „Das Bio“; Wissensparcous des ExploHeidelberg.

Masterplan 100 % Klimaschutz

Im Sommer 2014 hat der Gemeinderat auf Basis des „Konzepts für den Masterplan 100 % Klimaschutz“ beschlossen, den darin beschriebenen Prozess auf dem Weg zu einer klimaneutralen Kommune fortzuführen und weiterzuentwickeln unter Berücksichtigung der hierbei aufgezeigten Strategiepfade. Aufgabe ist es nun, hieraus im Einklang mit dem Stadtentwicklungsplan Maßnahmepakete zu gestalten, die sowohl Leuchtturmprojekte als auch in der Breite wirkende Maßnahmen beinhalten.

Neues Konferenzzentrum

Nachdem der Gemeinderat im Dezember 2013 den grundsätzlichen Bedarf für ein neues Konferenzzentrum in Heidelberg bestätigt hatte, hat der Gemeinderat im Sommer 2014 das Bürgerbeteiligungskonzept zu Standortsuche genehmigt. Am Ende dieser Bürgerbeteiligung soll eine Auswahl qualifizierte Standorte stehen, die dem Gemeinderat für das weitere Verfahren vorgelegt werden kann.

2.2 Ämterberichte

Bei folgenden Ämtern zeichnen sich keine wesentlichen Abweichungen gegenüber den im Haushalt festgelegten Zielen, Maßnahmen und Kennzahlen ab:

- 01 – Referat des Oberbürgermeisters
- 11 – Personal- und Organisationsamt
- 13 – Amt für Öffentlichkeitsarbeit
- 14 – Rechnungsprüfungsamt
- 15 – Bürgeramt
- 20 – Kämmereiamt
- 30 – Rechtsamt
- 31 – Amt für Umweltschutz, Gewerbeaufsicht und Energie
- 34 – Standesamt
- 37 – Feuerwehr
- 42 – Kurpfälzisches Museum
- 44 – Theater und Philharmonisches Orchester
- 45 – Stadtbücherei
- 46 – Musik- und Singschule
- 47 – Archiv
- GB – Geschäftsstelle Bahnstadt
- 63 – Amt für Baurecht und Denkmalschutz
- 80 – Amt für Wirtschaftsförderung

Bei den nachfolgend dargestellten Ämtern gibt es steuerungsrelevante Abweichungen von den Zielvereinbarungen:

Amt 12 – Amt für Stadtentwicklung und Statistik

Produktgruppe **51.10** **Stadtentwicklung, Städtebauliche Planung,
Verkehrsplanung und Stadterneuerung**

Ziel 1 Förderung einer nachhaltigen Stadtentwicklung.

M1 Fortschreibung des Stadtentwicklungsplans und des Modells Räumliche Ordnung im Zusammenhang mit der Entwicklung der Konversionsflächen; DS 0172/2012/IV (2013: 40.000 €, 2014: 70.000 €).

Sachstand:

Konzeptionelle Vorüberlegungen sind erfolgt. Umsetzung wird nach 2015 verschoben wegen mangelnder Personalkapazität im Rahmen der Konversion (2014: 0 €).

M3 Erstellen des Nachhaltigkeitsbericht 2014 als Erfolgskontrolle der Ziele des STEP (2014: 5.000 €).

Sachstand:

Aufgrund der verzögerten Lieferung der Daten durch das statistische Landesamt ist mit einer Fertigstellung des Berichts nicht vor Februar 2015 zu rechnen (2014: 0 €).

Amt 16 – Amt für Chancengleichheit

Produkt **11.14.01** **Geschlechtergerechtigkeit, interne Aufgabenwahrnehmung**

Ziel 1 Verbesserung von Geschlechtergerechtigkeit und Familienfreundlichkeit

M1 Chancengleichheit als Querschnitts- und Gemeinschaftsaufgabe in der Stadtverwaltung neu verankern auf der Grundlage des zu erwartenden neuen Chancengleichheitsgesetzes in Baden-Württemberg (2013/2014).

Sachstand:

Ein entsprechendes Landesgesetz wurde bisher nicht verabschiedet, eine Umsetzung ist daher bislang nicht möglich.

Produkt **11.14.08** **Kommunale Integrationsförderung für Menschen mit Migrationshintergrund**

Ziel 1 Förderung von Integration, gleicher Teilhabe und kultureller Vielfalt

M1 Ausbau des Interkulturellen Zentrums in Gründung (IZ i. G.) und Weiterentwicklung z. B. im Rahmen der IBA.

Sachstand:

Die Organisationsstruktur des IZ i.G. wurde mit DS 0062/2013/IV dahingehend verändert, dass das Projekt bis Ende 2014 als Geschäftsstelle IZ i. G. organisatorisch dem Dezernat IV zugeordnet wurde. Mit DS 0462/2013/BV wird das IZ i. G. ein Teil des International Welcome Center werden. Das International Welcome Center wurde im Rahmen des ersten IBA-Calls als Leuchtturmprojekt eingereicht.

Produkt **57.10.05** **Beschäftigungs- und Arbeitsförderung**

Ziel 2 Förderung eines gelingenden Berufseinstiegs

M1 Verringerung beruflicher Segregation durch Aufbau eines Netzwerks „gendersensible Berufswahl“

Sachstand:

Wird 2015 durchgeführt.

Amt 19 – Gebäudemanagement

Produktgruppe **11.24** **Gebäudemanagement,
Technisches Immobilienmanagement**

Ziel 1 Kosten- und termingerechte Durchführung der Baumaßnahmen, optimaler Mitteleinsatz zur Erhaltung der Bausubstanz

M1 Maßnahmen der Gebäudeunterhaltung

Sachstand:

Aufgrund eines dringenden Handlungsbedarfs bei der Beseitigung brandschutz-technischer Mängel, insbesondere im Bereich der Schulen, kommt es bei den geplanten Maßnahmen der Gebäudeunterhaltung zu einer Verschiebung der bisherigen Prioritäten. Die dadurch eingetretene Verzögerung bei der Maßnahmenabwicklung hat zur Folge, dass die zur Verfügung stehenden Mittel voraussichtlich nicht in vollem Umfang benötigt werden. Die nicht verbrauchten Mittel sollen als Haushaltsrest nach 2015 übertragen werden und könnten somit unabhängig von der vorläufigen Haushaltsführung in 2015 ab Jahresbeginn bewirtschaftet werden.

KV – Konversion

Ergebnishaushalt

Die Sachaufwendungen werden rund 800 T€ über dem Planansatz von 1,1 Mio. € liegen (siehe hierzu auch separate Beschlussvorlage).

Der gebildete Ansatz enthielt pauschale Annahmen zur zeitlichen Inanspruchnahme und zum Auftragsvolumen des dialogischen Planungsprozesses. Im Laufe der letzten beiden Jahre hat sich gezeigt, dass die zeitliche Inanspruchnahme (auch) der externen Dienstleister einen deutlich höheren Umfang angenommen hat als ursprünglich vorgesehen. Der schnellere Abzug der amerikanischen Streitkräfte erforderte zudem früher als geplant, die Durchführung von Mehrfachbeauftragungen bzw. eines Ideenwettbewerbs zur Vorlage städtebaulicher Konzepte. Daneben war die Beauftragung mehrerer Gutachten notwendig, die Teil der Bestandsuntersuchungen auf den einzelnen Konversionsflächen sind.

Amt 23 – Amt für Liegenschaften

Ergebnishaushalt

Bei den Mieten und Pachten entstehen Mindererträge von rund 765.000 €. Hauptgründe hierfür sind Mietausfälle bei der Vermietung der ehemaligen Feuerwache als Kreativwirtschaftszentrum, beim Gebäude Friedrich-Ebert-Anlage 4 aufgrund von Leerstand sowie beim Gelände Rudolf-Diesel-Straße 22 aufgrund einer anderweitigen Nutzung. Des Weiteren wurden die Pachterträge bei den Kleingartenanlagen dem Landschafts- und Forstamt zugeordnet.

Leistung 11.33.01.01 Grundstücksgeschäfte (Grundstücksverkäufe/Grunderwerb)

	Plan 2014	Prognose 2014
Gesamterlöse für Grundstücksverkäufe	7,7 Mio. €	10,1 Mio. €
Gesamtausgaben für Grunderwerb	7,0 Mio. €	2,2 Mio. €

Bei der Veräußerung von Grundstücken wird der Einnahmenansatz aufgrund der zweiten Teilzahlung im Rahmen des Verkaufs des ehemaligen CBC-Geländes am Hauptbahnhof übertroffen.

Die Ausgaben für den Grunderwerb werden deutlich unter dem Ansatz bleiben, da weniger Grundstücke gekauft werden als in der Planung vorgesehen war.

Finanzhaushalt - Grundvermögen und Verwaltungsgebäude

Bei folgenden Maßnahmen gibt es Abweichungen:

- Altes Rathaus Handschuhsheim; Ausbau alte Fahrzeughalle
Die Maßnahme verzögert sich aufgrund der noch fehlenden Baugenehmigung.
- Verwaltungsgebäude Palais Graimberg; Erneuerung Haustechnik und Umsetzung Brandschutzkonzept
Die Gesamtkosten der Maßnahme werden nach Schlussabrechnung voraussichtlich rund 600.000 € unter den veranschlagten Kosten liegen.

Amt 40 – Amt für Schule und Bildung

Ergebnishaushalt

Insbesondere durch die Mindererträge bei den Sachkostenbeiträgen auf Grund des Rückgangs der Schülerzahlen werden die Erträge voraussichtlich um rd. 500 T€ unter dem Planansatz liegen.

Darüber hinaus entstehen voraussichtlich Mehraufwendungen in Höhe von rd. 800 T€ insbesondere durch den weiteren Anstieg der Nachfrage an Betreuungsangeboten am Standort Grundschule. Gemäß dem Anmeldeverhalten zum Schuljahr 2014/2015 werden die Teilnehmerzahlen und die Betreuungswochenstunden der modularen Betreuung im Vergleich zum Vorjahr weiterhin zunehmen. Hierfür sind wie bereits im Vorjahr überplanmäßige Mittel bereitzustellen. Eine entsprechende Beschlussvorlage wird für den Ausschuss für Bildung und Kultur am 27.11.2014 vorbereitet.

Amt 41 – Kulturamt

Produktgruppe **28.10** **Sonstige Kulturpflege**

Ziel 5 Schaffung von Kennzahlen.

M1 Erarbeitung einer Kennzahlenstruktur für den Haushalt 2015/2016 nach best-practice Modellen, Fallzahlen und Strukturdaten.

Sachstand:

In den Haushaltsplan 2015/2016 werden zusätzliche (Kultur-)Kennzahlen aufgenommen werden. Darüber hinaus wurde im Kulturausschuss des Städtetags Baden-Württemberg - auf Anregung Heidelbergs - eine entsprechende Diskussion angestoßen mit dem Ziel, Kennzahlen für einen interkommunalen Vergleich gemeinsam zu erarbeiten.

Amt 50 – Amt für Soziales und Senioren

Ergebnishaushalt

Zum Stand 30.06.2014 waren in Heidelberg 534 Flüchtlinge unterzubringen. Dies entspricht einer Steigerung gegenüber 2012 von insgesamt rund 67 %. Mittlerweile sind fast sämtliche Unterbringungskapazitäten aufgebraucht. Aktuell werden monatlich ca. 50 Flüchtlinge an die Stadt Heidelberg als untere Aufnahmebehörde zugewiesen. Aktuell gehen wir von einem finanziellen Mehrbedarf von 261 T€ aus. Kurz- bis mittelfristig sind die Unterbringungskapazitäten zu erweitern – auch um der ab 01.01.2016 geltenden Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes gerecht zu werden, wonach jedem künftig 7 m² statt 4,5 m² Wohnfläche zur Verfügung zu stellen sind.

Aufgrund einer Notsituation wurde in einem ehemaligen Mannschaftsgebäude auf der Konversionsfläche Patton Barracks vorübergehend eine Notunterkunft des Landes für 465 Flüchtlinge eingerichtet, bis in anderen Städten Baden-Württembergs ausreichend Unterbringungskapazitäten geschaffen werden können.

JC – Jobcenter Heidelberg

Ergebnishaushalt

Die Minderaufwendungen bei der Leistungsbeteiligung nach dem SGB II betragen rund 850 T€. Bei den Erträgen fällt die Beteiligung des Bundes an den Leistungen für Unterkunft und Heizung aufgrund rückläufiger Ausgaben um rund 790 T€ geringer aus.

Amt 51 – Kinder- und Jugendamt

Produktgruppe 36.20 Allgemeine Förderung junger Menschen

Ziel 1 Begrenzung des Anstiegs der Fallzahlen in der Jugendhilfe, der durch vermehrte Verhaltensauffälligkeiten, komplexere Problemlagen und zunehmende erzieherische Defizite der Eltern gekennzeichnet ist.

M2 Evaluationsuntersuchung der Angebote für Kinder und Jugendliche im Emmertsgrund

Sachstand:

Erfolgt im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitforschung zur Schulsozialarbeit als dem zentralen Baustein im Netzwerk der präventiven Jugendhilfe im Emmertsgrund.

Produktgruppe 36.50 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege

Ziel 1 Stetiger Ausbau eines bedarfsgerechten Angebots an Plätzen in Tageseinrichtungen und in der Tagespflege zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zur Sicherung des Rechtsanspruchs

M1 Betreuungsplätze für Kinder von 0-3 Jahren:
Schaffung von mindestens 180 neuen Betreuungsplätzen in Einrichtungen und 20 neuen Plätzen in Tagespflege zum Kindergartenjahr 2013/2014 unter Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips.

M2 Betreuungsplätze für Kinder von 3 – 6 Jahren:
Schaffung von mindestens 195 neuen Betreuungsplätzen zum Kindergartenjahr 2013/2014 unter Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips.

Sachstand jeweils:

Einzelne Neubau- und Erweiterungsmaßnahmen bei den freien Trägern verzögern sich, der Rechtsanspruch ist jedoch sichergestellt. Durch die Verzögerung kommt es in 2014 auch zu Minderaufwendungen bei den Zuschüssen an freie Träger. Laut Vorlage zur Bedarfsplanung (DS 0153/2014/BV) wurden im Kindergartenjahr 2013/2014 für Kinder von 0 - 3 Jahren 131 Krippenplätze und 15 Plätze in Kindertagespflege neu geschaffen; für Kinder von 3 - 6 Jahren waren es 133 Plätze in Einrichtungen.

Aktuell (31.08.2014) liegt der Versorgungsgrad bei 49,6 % im Kleinkindbereich (einschließlich Tagespflege) bzw. bei 102,9 % im Kiga-Bereich.

M4 Planung des Ersatzes der Kita Hardtstraße (Kirchheim) durch eine Neubau. Dabei Erweiterung des Betreuungsangebots um 2 Gruppen.

Sachstand:

Auf Basis des Sachstands im Bebauungsplanverfahren ist aktuell eine bauliche Planung für die Kita noch nicht möglich.

Amt 61 – Stadtplanungsamt

Produkt **51.10.01** **Stadtentwicklung**

Ziel 2 Begleitung der Internationalen Bauausstellung (IBA) Wissen I schafft I Stadt.

M2 Masterplan Wissen I schafft I Stadt – Beauftragung einer Studie zur Qualifizierung der Entwicklungsflächen

Sachstand:

Eine Beauftragung ist noch nicht erfolgt.

neu Inhaltliche Begleitung der IBA

Sachstand:

Leitung einer Projektgruppe in der Verwaltung und Mitwirkung der Amtsleiterin im IBA-Kuratorium

Produkt **51.10.02-05** **Bauleitplanung / Städtebau**
51.10.09-15

Ziel 1 Verbindliche Bauleitplanung - Bereitstellung von Bebauungsplänen für eine geordnete städtebauliche Entwicklung, gegebenenfalls mit städtebaulichen Verträgen.

M1 Bebauungsplanverfahren:

- Bebauungsplan Rohrbach Fuß- und Radwegbrücke nach Kirchheim

Sachstand:

Das Bebauungsplanverfahren soll ggf. durch ein Planfeststellungsverfahren ersetzt werden.

- Bebauungsplan Bahnstadt – Wohnen an der Promenade

Sachstand:

Der Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan „Wohnen an der Promenade“ wird aus Personalkapazitätsgründen vorläufig zurückgestellt.

- Vorhabenbezogener Bebauungsplan Neuenheim – Berliner Str. Campus Hotel mit Durchführungsvertrag

Sachstand:

Zurückgestellt wegen einer Überplanung durch den Vorhabenträger

noch
Ziel 1 Verbindliche Bauleitplanung - Bereitstellung von Bebauungsplänen für eine geordnete städtebauliche Entwicklung, gegebenenfalls mit städtebaulichen Verträgen.

noch

M1 ▶ Bebauungsplanverfahren:

- Bebauungspläne Im Neuenheimer Feld (Mitte, Nord, Süd) / Masterplan INF

Sachstand:

Die Bebauungspläne werden nach einer Bürgerbeteiligung zum Masterplan INF begonnen, die im Herbst vorbereitet wird.

neu ▶

Gegenüber dem Haushaltsplan neu hinzugekommene Bebauungsplanverfahren mit Durchführungsvertrag, die gegenwärtig bearbeitet werden:

- Kirchheim Pflegewohnheim Schlosskirschenweg
- Pfaffengrund Nahversorgungsmarkt Kranichweg
- Bergheim Erweiterung Marriothotel
- Bahnstadt Kino an der Eppelheimer Straße

Ziel 3 Rechtsverfahren und Gebote zum Erhalt von Ortsbildern oder Grünflächen

M2 ▶ Kirchheim Ortskern

Sachstand:

Eine Bearbeitung kann derzeit aus Personalkapazitätsgründen nicht erfolgen.

Produkt **53.80.01** **Ableitung von Abwasser – Gesamtkalkulation (Globalberechnung), Festsetzung und Erhebung von KAG-Beiträgen (Abwasserbeiträge)**

Ziel 1 Erhebung von Abwasserbeiträgen

M2 ▶ Im Bieth (2013: 65.000 €)

Sachstand:

Die Erhebung wird vorbereitet.

Produkt **54.10.01** **Bereitstellung und Betrieb von Straßen, Wegen und Plätzen**
(Festsetzung und Erhebung von Erschließungsbeiträgen)

Ziel 1 Erhebung von Erschließungsbeiträgen.

M1 Im Bieth (Plan 2013: 2.621.000 €).

Sachstand:

Die Erhebung erfolgt sukzessive vorläufig, in 2014 voraussichtlich 950.000 €. Eine endgültige Abrechnung ist gegenwärtig noch nicht möglich.

neu Erschließungsvertrag Rohrbach, EMBL

Sachstand:

Zur Erschließung des EMBL-Geländes in Rohrbach wird eine Erweiterung des Abwasserkanals erforderlich. In einem Erschließungsvertrag nach § 124 BauGB wurde die Durchführung und Kostentragung durch das EMBL vereinbart.

Amt 62 – Vermessungsamt

Produkte **51.11.01-07** **Flächen- und grundstücksbezogene Daten und Grundlagen**
51.11.12

Ziel 3 Bereitstellung aktueller Karten und Pläne.

- M1** Erstmals Herausgabe eines Radverkehrs atlas in Zusammenarbeit mit Amt 81.
- Sachstand:
Muss aufgrund von Verzögerungen (Layout etc.) nach 2015 verschoben werden.

Produkte **51.11.08-09** **Grundstücksneuordnung**
51.12.07 **Flurbereinigungsverfahren**

Ziel 1 Sicherstellung geordneter städtebaulicher Entwicklung/Beseitigung von erschließungs- und bodenrechtlichen Missständen.

- M1** Abschluss der vereinfachten Umlegung Emmertsgrund: Flurstückszuteilung und Berichtigung der öffentlichen Bücher (2013) (DS 0023/2011/BV).

Sachstand:
Eine verlässliche Prognose zum Abschluss des Umlegungsverfahrens kann nicht abgegeben werden. Zwei Klagen sind beim Landgericht KA eingegangen.

- M2** Sanierungsgebiet Rohrbach:
Partielle vereinfachte Umlegungsverfahren im Sanierungsgebiet Rohrbach: Durchführung des 1. Verfahrens „Im Heiligenhaus“.
Auswahl und Vorbereitung eines weiteren Umlegungsverfahrens im Sanierungsgebiet Rohrbach in enger Abstimmung mit dem Sanierungsträger GGH (voraussichtlich Rathausstr./Parkstr.) (DS 0296/2009/BV, DS 0294/2010/BV).

Sachstand:
Das weitere Umlegungsverfahren wurde aufgrund von Verzögerung noch nicht begonnen. Es wird voraussichtlich nach 2015 verschoben.

Ziel 3 Umsetzung Außenbereichsentwicklung.

- M1** Koordination und Vertretung der Heidelberger Belange im Flurneuordnungsverfahren Leimen L 600: vorläufige Besitzeinweisung und Aufstellung des Flurbereinigungsplans.

Sachstand:
Die Bekanntgabe des Flurbereinigungsplans verzögert sich nach Auskunft der zuständigen Flurneuordnungsbehörde in Sinsheim voraussichtlich bis 2015.

Amt 66 – Tiefbauamt inkl. Regiebetrieb Straßenunterhaltung

Ergebnishaushalt

Bereich Abwasserbeseitigung

Der Gemeinderat hat mit Beschlüssen vom 19.12.2013 (0455/2013/BV, 0461/2013/BV) die Überführung der kostenrechnenden Einrichtung Abwasserbeseitigung in den Eigenbetrieb „Stadtbetriebe Heidelberg“ beschlossen. Hieraus ergeben sich folgende Veränderungen im Ergebnishaushalt des Amtes 66:

Erträge:

- Die Abwassergebühren werden nicht mehr im städtischen Haushalt sondern bei den Stadtbetrieben Heidelberg vereinnahmt (-15,0 Mio. € im städtischen Haushalt).

Aufwendungen:

- Der Straßenentwässerungsanteil kann nicht mehr als interne Leistungsverrechnung verbucht werden (sondern als externer Aufwand im städtischen Haushalt, +3,5 Mio €; 0248/2014/BV).
- Die Erstattungen an den Abwasserzweckverband fallen geringer aus, da der größte Teil der Umlage an den Abwasserzweckverband (Planansatz 12,8 Mio. €) vom Eigenbetrieb Stadtbetriebe Heidelberg zu zahlen ist (siehe Planansatz Wirtschaftsplan Stadtbetriebe Heidelberg 2014). Der Teil der AZV-Umlage, der für die Unterhaltung von Bachläufen und Ufer an den AZV zu erstatten ist, wird weiter im städtischen Haushalt veranschlagt. Hier wird bei einem Planansatz von 588 T€ ein Ergebnis von 800 T€ prognostiziert (+200 T€). Das Ergebnis ist u. a. abhängig von Hochwassereinsätzen.

Die im Finanzhaushalt veranschlagten Baumaßnahmen im Bereich Abwasserbeseitigung (Kanalbauten, -auswechselungen und -sanierungen) werden nun ebenfalls über den Eigenbetrieb abgewickelt.

Außerdem sind das zur kostenrechnenden Einrichtung Abwasserbeseitigung gehörende Vermögen (insbesondere Kanäle) sowie die zu dessen Finanzierung aufgenommenen Schulden auf den Eigenbetrieb übergeben. Dieser trägt nun die Zinsen und Tilgungslasten.

Baustellenunterstützungsfonds

Durch die Maßnahme in der Bahnhofstraße wurden doppelt so viele Mittel aus dem Fonds benötigt wie geplant (+25 T€).

Unterhaltungsaufwand für Straßen

Durch die Abwicklung des Straßensanierungs-/Straßenerneuerungsprogramms und die Fertigstellung der Aufwertung der Hauptstraße werden rund 400 T€ mehr benötigt als veranschlagt. Dieser Mehrbedarf kann aus dem Jahresübertrag 2013 gedeckt werden, da dort aufgrund von Maßnahmeverzögerungen die veranschlagten bzw. überplanmäßig bereitgestellten Mittel nicht vollständig benötigt worden waren.

Finanzhaushalt

Insbesondere bei folgenden größeren Maßnahmen kommt es zu Veränderungen in der zeitlichen Abwicklungen und damit zu Abweichungen im Mittelabfluss gegenüber der Planung:

- Harbigweg:
Baubeginn im Juli, Bauzeitende voraussichtlich im Dezember. Das Submissionsergebnis lag deutlich unter der Kostenberechnung (DS 0411/2013/BV).
- Hardtstraße Nord:
Bauzeit von August 2014 bis Juli 2015. Auch hier lag das Submissionsergebnis unter der Kostenberechnung.

- Stützmauer Schulbergweg:
Der Baubeginn verzögert sich.
- Bahnhofstraße:
Der Baubeginn der Bahnhofstraße erfolgte früher als ursprünglich geplant, die bauliche Fertigstellung wird voraussichtlich im Oktober sein.
- Pfeilersanierung Neckarbrücken:
Die Maßnahme verzögert sich.
- Eppelheimer Straße:
Die Bauausführung verzögert sich (DS 0241/2014/BV).
- Rudolf-Diesel-Straße:
Die Planung läuft. In 2014 soll noch die Maßnahmengenehmigung vom Gemeinderat eingeholt werden. Baubeginn soll im März 2015 sein.
- Radwegerampen Grenzhöfer Weg:
Der Baubeginn wird voraussichtlich erst 2015 erfolgen (DS 0134/2014/BV).
- Ziegelhäuser Landstraße:
Aufgrund einer Streitigkeit mit der Baufirma kommt es nicht zu einer Abrechnung der Kosten. Ein Rechtsstreit ist aufgrund unterschiedlicher Standpunkte wahrscheinlich.
Die Streitsumme beträgt rund 5 Mio €.

Da die Abrechnung des Landeszuschusses erst nach der Endabrechnung möglich ist, verzögert sich der Geldeingang aufgrund der o. g. Streitigkeit.

Amt 67 – Landschafts- und Forstamt – Bereiche Grünanlagen, Gartenbau und Friedhöfe

Produktgruppe **54** **Verkehrsflächen und –anlagen, ÖPNV
(Bereitstellung und Unterhaltung von Grün an Straßen)**

Ziel 1 Umgestaltung / Erneuerung von Grün an Straßen zur Verbesserung des Stadtbildes und der Erholungsfunktion

- M1** Bereitstellung von Grün an Straßen mit besonderem Augenmerk auf die Straßenbäume
- Sachstand:
Das Projekt Handschuhsheimer Landstraße/Steubenstraße (40.000 €) wurde zurückgestellt. Die Maßnahme soll in 2015 zusammen mit dem Projekt Berliner Straße/Uferstraße, Baumstandorte im Zuge des „Alleenprogramms“ durchgeführt werden.

Produktgruppe **55.10** **Öffentliches Grün / Landschaftsbau
(Grün- und Parkanlagen, Kleingartenflächen, Freizeitanlagen und Spielflächen)**

Ziel 1 Umgestaltung / Erneuerung von Grünflächen zur Verbesserung des Stadtbildes und der Erholungsfunktion

- M1** Bereitstellung von Grün und Parkanlagen
- Sachstand:
Aufgrund umfangreicher Bürgerbeteiligungsprozesse verzögerte sich die Abwicklung des 1. BA des Projektes Schwanenteichanlage von 2013 nach 2014. Entsprechend verschiebt sich auch der 2. BA von 2014 nach 2015. Außerdem führten insbesondere die Vergabe an ein externes Planungsbüro (aufgrund personellen Ausfalls) und der nachträglich geforderte barrierefreie Ausbau der Anlage zu erheblichen Mehraufwendungen von 212.000 € gegenüber dem Planansatz von 400.000 €. (DS: 0266/2014/BV).
- Personelle Engpässe sowie schwerpunktmäßige Bearbeitung der Konversions- und Bahnstadtprojekte führten bei dem Projekt Gesamtkonzept Neckarvorland-Kastanienallee zu einer zeitlichen Verzögerung. Aktuell ist der Planungsauftrag erteilt und die Fertigstellung in 2015 vorgesehen. Aus den gleichen Gründen kann das Projekt Aufwertung Neckarufer Ziegelhausen in 2014 nicht mehr realisiert werden.
- Das Projekt Gesamtkonzept Neckarvorland-Anlegestelle Neckarfähre wurde zurückgestellt. Vor dem Hintergrund der geplanten Baumaßnahmen an der Ernst-Walz-Brücke ist bisher nicht geklärt, an welcher Stelle die Rettungszufahrt zum Neuenheimer Feld verlaufen soll.

Ziel 2 Erneuerung von Freizeitanlagen und Spielflächen im Rahmen einer familiengerechten Gestaltung des Wohnumfeldes.

M1 Bereitstellung von attraktiven Freizeitanlagen und Spielflächen

Sachstand:

Personelle Engpässe sowie schwerpunktmäßige Bearbeitung der Konversions- und Bahnstadtprojekte führen u. a. bei den folgenden größeren Kinderpielplatz-Projekten zu einer zeitlichen Verzögerung nach 2015: Mönchhofplatz, Erlenweg, Freiheitsplatz, Obere Röd, Emmertsgrundsenke.

Bei dem Projekt Kinderspielplatz Theaterstraße kommt es u. a. wegen des erforderlichen Bodenaustauschs nach der Hochbaumaßnahme Theater zu Mehraufwendungen. Damit übersteigen die Gesamtkosten des Projektes den Planansatz von 62.000 € um 244.950 €. (DS: 0279/2014/BV)

Amt 67 – Landschafts- und Forstamt – Bereich Forst

Produktgruppe **55.50** **Forstwirtschaft**

Ziel 2 Aufwertung überregional bedeutender Erholungseinrichtungen.

M1 Aussichtspunkt Königstuhl:
Entwicklung des Aussichtsbereichs am Königstuhl als zentraler Punkt auf der Kurpfalzachse.

Sachstand:

Das Projekt wurde zurückgestellt. Eine Neugestaltung kann erst geplant werden, wenn die Erweiterung des Berghotels und damit die Veränderungen im Landschaftsbild in die Planungen einbezogen werden können.

Amt 70 – Amt für Abfallwirtschaft und Stadtreinigung

Ergebnishaushalt

Bereich Abfallwirtschaft

Mindererträge von rd. 2,7 Mio. € ergeben sich aus dem vorzeitigen Weggang der US-Army. In der Haushaltsplanung wurde davon ausgegangen, dass die US-Army erst zu einem späteren Zeitpunkt abzieht. Demgegenüber stehen Minderaufwendungen von rd. 1 Mio. € fast auch ausschließlich bedingt durch Abzug US-Army.

Amt 81 – Verkehrsmanagement

Produktgruppe 51.10 Verkehrsplanung

Ziel 1 Ausbau, Beschleunigung und Verbesserung des Öffentlichen Personennahverkehrs

- M2** Teilnahme am Pilotprojekt „Ticket-Abo-Plus“ des KVV/VRN (DS 0054/2012/IV) und „Science-Shuttle-Heidelberg“ (DS0410/2012/BV)

Sachstand Ticket-Abo-Plus:

Das Pilotprojekt Ticket-Abo-Plus war in den Jahren 2013 und 2014 sehr erfolgreich, so dass es im Jahr 2014 zu einer Budgetüberschreitung von rund 26.000 € kommen wird.

Sachstand Science-Shuttle-Heidelberg:

Nach der Einführung des Projekts Science-Shuttle-Heidelberg wurde die Finanzierungsvereinbarung im Frühjahr 2014 erneuert; das Projekt geht in den Dauerbetrieb.

Ziel 3 Ausbau und Weiterentwicklung des kommunalen Mobilitätsmanagement

- M2** Installation eines betriebsstättenübergreifenden Mobilitätsmanagements durch die Machbarkeitsstudie „korridororientiertes Mobilitätsmanagement (KOMM)“.

Sachstand:

Im Rahmen der Umsetzung der Einsparvorgaben (Globaler Minderaufwand) zum Haushalt 2013/2014 musste auf dieses Projekt verzichtet werden.

- M3** Wegweisungen im Stadtgebiet und zu den S-Bahnhöfen (Investitionsvolumen 2014: 150.000 €, Investitionsvolumen 2013: 160.500 €).

Sachstand:

Aus Kapazitätsgründen konnte die Planung zum Projekt Wegweisung im Stadtgebiet bisher nicht beauftragt werden. Die Wegweisung zu den S-Bahnhöfen wird im Herbst 2014 umgesetzt.

Ziel 4 Förderung des Radverkehrs als fahrradfreundliche Kommune

M1 Bewerbung der Stadt Heidelberg für die Kommunikations- und Marketingkampagne des Landes-Württemberg zur Förderung einer fahrradfreundlichen Mobilitätskultur.

Sachstand:

Die Stadt Heidelberg wurde vom Land Baden-Württemberg für das Jahr 2013 zur Modellkommune „RadKULTUR“ ausgewählt. In diesem Kontext finden im laufenden Jahr zahlreiche Veranstaltungen statt (z. B. Auftaktveranstaltung im April 2014, RADatouille, Radwette, kostenlose Fahrradchecks, Mit dem Rad zur Arbeit usw.) In diesem Jahr werden sämtliche Veranstaltungen ausschließlich mit städtischen Finanzmitteln bezahlt. Geplant war hier ein Aufwand von 70.000 €/2014; im Ergebnis werden rd. 120.000 € voraussichtlich in 2014 verausgabt werden. Im ersten Jahr als Modellkommune der RadKULTUR unterstützte das Land Baden-Württemberg die Kampagne mit 178.000 €.

Produktbereich **54** **Verkehrsflächen und –anlagen, ÖPNV**

Ziel 1 Steuerung der unterschiedlichen Verkehrsströme zur Verbesserung des Verkehrsablaufes/Verkehrsflusses für alle Verkehrsteilnehmer.

M2 Erhöhung der Sicherheit durch Modernisierung der technischen Ausstattung im Schlossbergtunnel (Investitionsvolumen 2014: 100.000 €, Investitionsvolumen 2013: 70.000 €)

Sachstand:

Die Planungen zu dem Projekt wurden begonnen, erreichen aber aus Kapazitäts- und Prioritätsgründen nicht den geplanten Bearbeitungsstand. Voraussichtliche Umsetzung des Projekts im 4. Quartal 2014.

Ziel 2 Bereitstellung ausreichender Kurzzeitparkplätze

M2 Erstellen einer Informationsbroschüre Parken in Heidelberg

Sachstand:

Zurückgestellt. Die Mittel dienen zur Deckung der Mehrkosten für die Umsetzung des Verkehrskonzepts Rohrbach-West.